

Rede zur Demonstration am 21. 10. 2006, gehalten von Barbara Hähnchen im Auftrag der PG Agenda 2010, Attac Berlin. Die Gruppe hatte einen Lautsprecherwagen gemietet, von da wurden 2-Minuten-Reden gehalten während des Marsches von ca. 80.000 Demonstranten.

Liebe Berlinerinnen und Berliner! Liebe Mitdemonstranten!

Wir sind hier eine Gruppe von Attac Berlin. Und wir denken, heute muss auch über die drohende Gesundheitsreform gesprochen werden.

Die Regierungskoalition will einen Kompromiss machen zwischen Bürgerversicherung und Kopfpauschale. Das geht nicht! Die beiden sind wie Feuer und Wasser. Die Leute wollen keine Kopfpauschalen, weil damit die Besserverdienenden ganz krass bevorteilt werden. Umfragen zeigen immer wieder: Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung will eine solidarische Bürgerversicherung, und Attac will das auch.

Das Prinzip der Kopfpauschale ist bekanntlich: Jeder muss den gleichen Geldbetrag zahlen, egal wie viel Geld er oder sie hat.

Wir kennen das: Praxisgebühr ist nämlich eine Kopfpauschale, jeder Patient zahlt 10 Euro. Oder die Zuzahlung für Medikamente – jeder zahlt den gleichen Betrag. Oder die berichtigten Igel-Leistungen. Jeder muss für solche ärztlichen Leistungen gleichviel zahlen. Das hat aber mit Gleichheit rein gar nichts zu tun! Das ist die Zerstörung unseres Solidarsystems! Und mit der nächsten Gesundheitsreform soll es zusätzliche Kopfpauschalen von bis zu 8 Euro geben – pro Monat! Das sind 24 Euro im Quartal für jeden Versicherten; also viel mehr als die Praxisgebühr.

Wir wollen das nicht! Die Leute wollen Solidarität im Gesundheitssystem! Arme sollen nicht mehr früher sterben müssen! Deshalb wollen wir die Solidarische Bürgerversicherung. Wer wenig hat, soll wenig oder gar nichts bezahlen müssen. Wer genug hat, soll dementsprechende Beiträge leisten.

Und wir fragen die große Koalition: Warum achtet Ihr nicht den Willen der Mehrheit?

Was können wir als Bürgerinnen und Bürger tun? Viele gehen nicht mehr zu Wahlen, weil sie eine vernünftige Politik nicht mehr für

möglich halten. Nur: Wahlverweigerung nehmen die Herrschenden kaum zur Kenntnis.

Was also tun? Brauchen wir mehr direkte Demokratie, mehr Volksbefragung? Aber das Volk ist ja gefragt worden! Die Mehrheit will eine Bürgerversicherung!

Demonstrationen wie heute sind wichtig, um unsere Forderungen bekannt zu machen. Trotzdem ist die herrschende Politik nicht sonderlich beeindruckt von unseren Demonstrationen.

Nochmals: Was tun? Wir fragen den DGB: Ist es nicht an der Zeit, andere Formen des Protestes zu praktizieren?

Setzen wir doch den politischen Generalstreik auf die Tagesordnung! Für die Erhaltung und den Ausbau unseres Solidarsystems! Wir sind die Mehrheit! Missachtet die Mehrheit nicht! Wir werden nicht aufhören, eine solidarische Bürgerversicherung zu fordern!